

N i e d e r s c h r i f t

über die 15. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 24. April 2018, um 20:00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Stadtverordnetenvorsteher: Burckart, Ralf

Stadtverordnete: Arnold, Jürgen (entschuldigt)

Bausch, Hans
Bork, Anneliese
Buchborn-Klos, Ellen
Geiselbrechtinger, Renate
Globuschütz, Axel
Dr. Goll, Michaela
Granzer, Georg
Hansmann, Dirk
Heine, Volker
Hille, Frank
Hoth, Wolfgang
Koch, Gisela
Lang, Gudrun
Lenz, Karin
Dr. Lenz, Ulrich
Leun, Manfred
Lodde, Franziska
Lodde, Hendrik
Löser, Friedel
Lübbers, Silva
Markgraf, Antje
Markgraf, Uwe
Nöh, Burkhard
Reinwald, Peter
Rippl, Frank
Schaffer, Franziska
Schaffer, Joachim
Schimmel, Dirk
Dr. Schütz, Christof
Steinberg, Tim-Ole
Wedemann, Fabian
Weigel, Lothar
Weitze, Alisha
Weitze, Sigrid
Dr. Worm, Heinz-Lothar

Magistrat: Bürgermeister König, Jörg
Erster Stadtrat Arnold, Norbert
Stadtrat Altenheimer, Thomas
Stadträtin Braun, Petra
Stadtrat Deeg, Sven
Stadtrat Gath, Wolfgang
Stadtrat Krapf, Reinhold

Stadtrat Trinklein, Gerhard
Stadtrat Wolter, Michael

Ausländerbeiratsvorsitzender: Abrahamian, Abraham
Frauenbeauftragte: --
Jugendvertretung: --
Gäste:
Verwaltung: Retzer, Patrick
Presse: Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine)
Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)
Zuhörer: 8
Protokollant: Zenkert, Andreas

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrevorsitzender des Ausländerbeirats“ an Herrn Dr. Ehsan Sadeghian
3. Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
4. Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

5. Aufnahme der Bezuschussungsmöglichkeit „Beschaffung von Geräten für die Vereinsarbeit“ in den Richtlinien zur Förderung der Jugend und der Vereine der Stadt Linden
- Bürgermeistervorlage vom 29.01.2018 -
6. Bestimmung des Termins für die Wahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Linden und des Termins einer möglichen Stichwahl
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 059/16/21 -
7. Festsetzung des Wahltermins für die Bürgermeisterwahl 2018/2019
- Gemeinsamer Antrag SPD, FW, B90/DIE GRÜNEN, FDP - Fraktionsantrag Nr. 056/16/21
8. Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2019 bis 2013
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 060/16/21 –
9. Antrag auf Nichtverwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden

- Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Fraktionsantrag Nr. 052/16/21 -
- 10. Änderung der Wasserversorgungssatzung und der Entwässerungssatzung zum 01.01.2018
 - Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 054/16/21 -
- 11. Bürgerfreundliche Plakatierung der zukünftigen Kommunal- und überregionalen Wahlen
 - Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 055/16/21 -

Kenntnisnahmen:

- 12. Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge
 - a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
 - a1) Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Versorgung mit KiTa-Plätzen für die Kindergartenjahre 2017/18 und 2018/19

Zu TOP 1:

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 15. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung mit 36 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Er begrüßt zunächst die Zuhörer, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Abrahamian, den Magistrat, die Vertreter der Presse und alle Parlamentarier.

Anschließend gratuliert er allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Stadtverordnete Karin Lenz und Stadtverordnetenvorsteher Burckart wird zum runden Geburtstag gratuliert.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet alle Anwesenden sich von ihren Plätzen zu erheben. Er verliest drei Trauerfälle von verdienten Mitgliedern des Magistrates und des Parlamentes. Herr Gerhard Wiesmeier ist im Alter von 76 Jahren, Ehrenstadtrat Dieter Lehr im Alter von 83 Jahren und Ehrenstadträtin Margareta Blönningen im Alter von 93 Jahren verstorben.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Bürgermeister König nimmt TOP 5 von der Tagesordnung und wird bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung eine komplett überarbeitete Richtlinie vorlegen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart nimmt TOP 2 von der Tagesordnung, weil Herr Dr. Ehsan Sadeghian erkrankt ist und nicht anwesend sein kann. Dieser Tagesordnungspunkt wird nachgeholt.

Zu TOP 2 (vorher 3):

Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Die Fraktionen verlesen ihre Anträge.

Bürgermeister König beantwortet ausführlich alle Anträge.

Die ausführliche Beantwortung der Anträge liegt als Anlage dem Protokoll bei.

Zu TOP 3 (vorher 4):

Berichterstattung durch den Magistrat

Ratsinformationssystem:

Die Aushändigung der Tablets für die parlamentarische Arbeit erfolgt am Ende der Sitzung.

Bürgermeister König weist darauf hin, dass am 02.05.2018 eine Informationsveranstaltung für die Bedienung der Geräte und der auf den Tablets verfügbaren Apps stattfinden wird.

Am 15.05.2018 und 16.05.2018 findet jeweils um 19 Uhr eine Schulung in den Lindener Ratsstuben für das Ratsinformationssystem mit allen Parlamentariern statt. Er bittet alle Mitglieder, die sich noch nicht angemeldet haben, dies nachzuholen. Am 15.05.2018 haben sich bis heute 15 Personen und am 16.05.2018 9 Personen angemeldet.

Ferienspielprogramm

Bürgermeister König hat das diesjährige Ferienspielprogramm zur Mitnahme verteilen lassen. Es beinhaltet alt Bewährtes aber auch viel neues. Neu ist auch das Titelbild. Es zeigt das vom Graffiti-Workshop verschönerte Traföhäuschen in der Sudetenstraße gegenüber der Tankstelle. Geschaffen wurde das Kunstwerk von Lindener Kindern zwischen 10 - 14 Jahren. Der Workshop war ein voller Erfolg.

Einbau der Klimaanlage in den Lindener Ratsstuben

Der Einbau der Klimaanlage erfolgt zwischen dem 30.04.2018 – 03.05.2018.

Mitteilung von der Hessenkasse

Die Hessenkasse wurde von der Landesregierung auf den Weg gebracht, um finanzschwachen Kommunen den Abbau von Kassenkrediten zu ermöglichen. Die Stadt Linden fiel mit 22 anderen hessischen Kommunen, wegen der guten Finanzkraft, zunächst nicht in dieses Förderprogramm. Kurz vor der jetzt anstehenden Verabschiedung des Gesetzes wurde über unseren Verband, dem HSGB, eine Erweiterung auch auf die finanzstarken Kommunen erreicht, sodass wir bei Verabschiedung des Gesetzes nächstes Jahr 750.000,- Euro als Investitionsmittel bekommen können.

Limesradweg

Bürgermeister König teilt zum Limesradweg mit, dass den Landwirten dieses Jahr noch die Möglichkeit eingeräumt werden soll, die Ernteeinbringung durchzuführen. Der Bau wird deswegen im Spätsommer auf dem Teilstück der Stadt Linden begonnen werden.

Landschaftspflegekonzept, Pflege von Feldholzinseln und Blühstreifen

Bürgermeister König teilt mit, dass eine Gruppe bestehend aus Personen von der NaBu, Obst- und Gartenbauverein, Angelsportverein, Heimatvereinigung, Imkerwesen und Jagd gegründet wurde. Diese Gruppe hat bereits zweimal getagt. Auf Vorschlag dieser Gruppe wurde eine sehr erfolgreiche Vortragsveranstaltung in den Ratsstuben durchgeführt. Diese Gruppe wird sich auch weiterhin treffen und beraten. Ein Landschaftspflegekonzept ist in diesem Zusammenhang in Bearbeitung. Erste spezielle Pflegemaßnahmen von Feldholzinseln sind bereits im Februar am Stockborn in Leihgestern begonnen worden und werden sukzessive fortgeführt. Des Weiteren wird derzeit ein Kataster mit potentiellen Standorten und der detaillierten Maßnahmen zur Einrichtung von Blühstreifen erarbeitet.

Stadtverordneter Bausch merkt an, dass Bürgermeister König zum Thema Landschaftspflege einen großen Punkt unterschlagen hat. Die Berufsgruppe der Landwirte wurde nicht mit in die Aufzählung eingebracht.

Schwimmbad

Bürgermeister König teilt mit, dass das Schwimmbad voraussichtlich am 09.05.2018 um 17 Uhr eröffnet wird. Bezüglich der Technik im Schwimmbad teilt Bürgermeister König mit, dass alles noch sehr gut funktioniert. Ein Austausch von Pumpen oder ähnliches ist derzeit technisch nicht erforderlich. Bürgermeister König möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ein Förderprogramm zur Ertüchtigung von Hallen- und Freibädern auf den Weg gebracht hat, das für die Stadt Linden vielleicht interessant sein könnte. Dann könnte möglicherweise durch eine Förderung die Investitionssumme in einem besseren Verhältnis zu möglichen Einsparungen gestellt werden.

Linden 2036

Seitens des von der Stadt beauftragten Unternehmens ist nunmehr für Linden eine Stärken- und Schwächenanalyse durchgeführt worden. Diese möchte Bürgermeister König auf Anraten unseres Partners in der nächsten Bauausschusssitzung vorstellen, bevor es dann möglicherweise über eine Bürgerversammlung in die Bürgerbeteiligung gehen wird.

Stadtverordnete Lang fragt, warum nur der Bauausschuss zum Thema Linden 2036 eingeladen wird. Bürgermeister König sei diesbezüglich in alle Richtungen offen. Nach Erörterung mit dem Partner sollten die Parlamentarier mitarbeiten, um so mehr Ideen in das Projekt einfließen lassen zu können. Im nächsten Schritt geht es dann in die Bürgerbeteiligung. Bürgermeister König möchte da niemanden von den dem Projekt ausschließen.

Organisationsuntersuchung

Bis Ende Mai sind alle Unterlagen zur Erstellung des in Redestehenden Orga-Gutachtens zu dem von der Stadt Linden beauftragten Unternehmen zu versenden. Nach Sichtung werden dann von Mitte Juni bis Mitte Juli mit jedem einzelnen Mitarbeiter Arbeitsplatzgespräche in Einzelgesprächen durchgeführt werden. Im Herbst sollte das Ergebnis vorliegen.

Sachstand neue KiTa

Über den beauftragten Fachanwalt für Baurecht ist eine Anfrage ausgearbeitet worden, mit der zunächst ein Unternehmen gesucht wird, welches eine Ausschreibung für einen Generalunternehmer vorbereitet. Der Magistrat hat sich für eine Bauvariante mit einem solchen Generalunternehmer ausgesprochen. Einige inhaltliche Fragen sind derzeit noch im Baugenehmigungsverfahren mit der KiTa-Aufsicht zu klären. Hierzu findet am Mittwoch ein Gespräch mit Frau Arnold von der Aufsichtsbehörde Kindertagespflege vom Landkreis Gießen statt. Ebenfalls befindet sich seitens des oben genannten Fachanwalts die Ausschreibung zur Beauftragung des Bausachverständigen in Arbeit. Dies soll Bürgermeister König Ende dieser Woche vorliegen.

Stadtfest 2018

Bürgermeister König ist froh, dass er mit dem Wirt des Restaurants Martini, Herrn Philipp Arnold aus Leihgestern, einen Wirt aus Linden gefunden hat, der mit der Stadt zusammen das Stadtfest dieses Jahr und auch in den nächsten Jahren durchführen möchte. Bürgermeister König findet es gut, dass die Menschen in der eigenen Stadt so mitarbeiten.

Breitband Gießen GmbH

Bürgermeister König teilt mit, dass über die Breitband Gießen GmbH nunmehr eine Analyse dahingehend vorliegt, wo in Linden noch Internet-Unterversorgung besteht. Einzelne Örtlichkeiten sind derzeit noch in der Klärung. Bürgermeister König wird weiter berichten.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart fragt nach Wortmeldungen.

Stadtverordneter Bausch stellt fest, dass der Bürgermeister für die Ortspolizeibehörde zuständig ist. Er hatte gehofft, dass den Landwirten mitgeteilt wird, dass der betonierte Feldweg zwischen Jägerschneise und Gießener Straße ab 09:05 Uhr bis zum 31.12.2018 gesperrt wurde. Stadtverordneter Bausch hat diesbezüglich eine E-Mail von der Bürgermeisterei erhalten und sich kundig gemacht, dass weder die Landwirte, noch der Ortslandwirt aus Großen-Linden, von dieser Maßnahme unterrichtet worden sind. Seines erachtens hätte die Anordnung öffentlich gemacht werden müssen. Er spricht hier von Behördenwillkür.

Zu TOP 4 (vorher 6):

Bestimmung des Termins für die Wahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Linden und des Termins einer möglichen Stichwahl - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 059/16/21 -

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam auf. Beide Tagesordnungspunkte werden getrennt abgestimmt:

Bericht HFA:

Stadtverordneter Wedemann teilt mit, dass der Ausschuss mit 4 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen keine Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Es gibt keine Wortmeldungen von Seiten der Stadtverordneten. Stadtverordnetenvorsteher Burckart erteilt Bürgermeister König das Wort.

Bürgermeister König weist darauf hin, dass der besondere Umstand genutzt werden sollte, die Bürgermeisterwahl und die Landtagswahl zusammen zu legen. Dem Bürger wird zugemutet, in kurzer Zeit mehrfach zur Wahl zu gehen. Auch die Verwaltung wird zweimal in kurzer Zeit in Anspruch genommen und dies bedeutet eine erhebliche Mehrbelastung. Bürgermeister König bittet die Stadtverordneten darüber nachzudenken.

Stadtverordneter Hille führt aus, dass es eine wichtige und entscheidende Frage bezüglich des Wahltermins ist. Die Lösung sollte zum Wohle der Stadt, aber auch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger praktikabel sein. Im § 42 des hessischen Kommunalwahlgesetzes dürfen die Kommunalwahlen u.a. mit anderen Wahlen zusammengelegt werden. Damit wollte der Gesetzgeber die Kommunen entlasten und das System vereinfachen. Mit der Zusammenlegung der Termine könnte die Wahlbeteiligung höher sein. Viele Gemeinden und Städte nutzen dies zurecht. Durch diesen zweiten Termin entstehen Mehrkosten in Form von Arbeitsstunden, Erfrischungsgeldern usw. Das Hauptargument liegt jedoch bei den weichen Faktoren. Es würde den Bürgerinnen und Bürgern zugemutet werden, in 8 Wochen drei Wahlgänge zu durchlaufen. Die Antragsteller begründen den Antrag mit traditionellen Werten. Herr Hille findet, dass es keine Tradition ist, sondern eine besondere Lage und wenn das Parlament nicht auf den 28.10.2018 geht, die Stadt Linden eine große Chance vertan hat.

Keine weiteren Wortmeldungen zu beiden Tagesordnungspunkten.

Die Abstimmung über die Zusammenlegung der Bürgermeisterwahl mit der Landtagswahl ergibt mit 14 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen eine mehrheitliche Ablehnung des Antrags.

Zu TOP 5 (vorher 7):

Festsetzung des Wahltermins für die Bürgermeisterwahl 2018/2019 - Gemeinsamer Antrag SPD, FW, B90/DIE GRÜNEN, FDP - Fraktionsantrag Nr. 056/16/21 -

Stadtverordneter Wedemann teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss mit 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen eine Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen für die Festsetzung des Wahltermins am 09.12.2018 und die evtl. Stichwahl am 23.12.2018 für die Bürgermeisterwahl ergibt mit 22 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen eine mehrheitliche Annahme des Antrags.

Zu TOP 6 (vorher 8):

Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2019 bis 2023 - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 060/16/21 -

Bürgermeister König bittet über die übermittelte Vorschlagsliste entsprechend abstimmen zu lassen. Er dankt allen Bürgerinnen und Bürger dafür, dass sie sich für das Schöffenamt zur Verfügung stellen.

Stadtverordneter Wedemann teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Die Abstimmung über die Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2019 – 2023 ergibt eine einstimmige Annahme des Antrags.

Zu TOP 7 (vorher 9):

Antrag auf Nichtverwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden - Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Fraktionsantrag Nr. 052/16/21 -

Stadtverordneter Dr. Schütz verliest den Antrag.

Stadtverordneter Nöh teilt mit, dass der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt eine Beschlussempfehlung mit 4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen ausgesprochen hat.

Stadtverordneter Rippl erklärt, dass für die CDU-Fraktion dieser Antrag ein reiner Showantrag ist und fragt, wo das ökologische Gewissen der Grünen bleibt. Er führt aus, dass die Kompetenz der Mitarbeiter des Bauhofes abgesprochen wird verantwortungsvoll mit dem Pestizid umzugehen, obwohl sie ganz klar aufgezeigt haben, wo das Mittel eingesetzt würde. Warum sollte Glyphosat nicht auf allen Flächen verboten werden? Kann eine Privatperson besser mit dem Mittel umgehen als die Mitarbeiter des Bauhofes? Der Antrag hat einen faden Beigeschmack und wirkt sehr halbherzig, darum kann die CDU diesem Antrag nicht zustimmen, weil er nichts bewirken wird.

Stadtverordneter Dr. Schütz führt aus, dass die Diskussionen im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt gezeigt haben, dass es keineswegs ein halbherziger Antrag ist, sondern er kümmert sich um das, wofür die Stadt zuständig ist, für Ihre Grünanlagen. Die Fraktionen dürfen keine Anträge stellen für Menschen, für die die Fraktionen keine Zuständigkeit haben.

Die Kompetenz des Bauhofes steht hier nicht zur Debatte, sondern die Verwendung von Glyphosat in der Kommune, wenn es geeignetere Mittel und Methoden gibt. Das Mittel wurde gegen den stark wachsenden Wiesenbärenklau eingesetzt und hat diesen mittlerweile gut reduziert, so dass man gegen den Wiesenbärenklau mit anderen Mitteln vorgehen kann, wie z.B. das Ausgraben mit einem Bagger.

Weiterhin erklärt Stadtverordneter Dr. Schütz, wenn ein Privatmann zu einem Baumarkt geht und Roundup kaufen möchte, darf dieses nicht mehr an Privatpersonen abgegeben werden. Sollte der Baumarkt dieses Mittel dennoch verkaufen, macht sich der Baumarkt in einer Ordnungswidrigkeit strafbar, weil Glyphosat nicht mehr an Privatpersonen herausgegeben werden darf. Die Landwirte, die mit dem Pestizid Glyphosat arbeiten, brauchen eine Zulassung, müssen diverse Tests durchlaufen und verschiedene Voraussetzungen erfüllen. Somit ist dieser Antrag, so wie er ist, sinnvoll und zu beschließen.

Stadtverordneter Hille geht darauf ein, dass die Stadt Linden nicht nur für die Grünanlagen zuständig ist. In anderen Gemeinden und Kommunen werden neue Pachtverträge geschlossen oder gar gekündigt, um genau diese Auflagen zu verankern, dass Glyphosat nicht mehr verwendet werden darf. Auf der einen Seite handelt es sich um eine schädliche Substanz, und auf der anderen Seite wird nur ein ganz kleines Segment herausgenommen und in allen anderen Bereichen, die in städtischen Besitz sind, ist das egal. Die CDU würde bei einer kompletten Herausnahme von Glyphosat dem Antrag beipflichten, aber nicht bei der Beschränkung auf dieses kleine Segment der Stadt.

Stadtverordneter Bausch fühlt sich herausgefordert und sagt, dass es bis jetzt nirgends irgendwo bewiesen worden ist, dass es schädlich ist. Jeder Landwirt, der heute mit Glyphosat umgeht, muss alle zwei Jahre einen Lehrgang machen und bekommt dann eine Art Scheckkarte ausgehändigt, womit man das Mittel kaufen und verwenden darf. Nicht mal auf 10% der Fläche wird Glyphosat eingesetzt, und das nur alle 3 bis 4 Jahre. Die FW unterstützen den Antrag.

Keine weiteren Wortmeldungen. Es kommt zur Abstimmung. Stadtverordnetenvorsteher Burckart liest den Antragstext noch mal vor.

Die Abstimmung über die Nichtverwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden ergibt mit 22 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen eine mehrheitliche Annahme des Antrags.

Zu TOP 8 (vorher 10):

Änderung der Wasserversorgungssatzung und der Entwässerungssatzung zum 01.01.2018

- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 054/16/21 - GRÜNEN – Fraktionsantrag Nr. 052/16/21 -

Stadtverordneter Leun liest den Antrag vor und führt diesen aus.

Stadtverordneter Wedemann teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss mit 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen eine Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Bürgermeister König teilt mit, dass in Betriebskommission keine Beschlussempfehlung ausgesprochen wurde. Er führt weiter aus, dass die Stadt Linden die Beiträge senken will und muss. Dies wurde im Haupt- und Finanzausschuss entsprechend dargelegt. Vor dem Antrag wurde eine Untersuchung auf den Weg gebracht, welche die konkreten Summen bestimmen und reduzieren sollen. Ende April wird das Gutachten von dem beauftragten Unternehmen vorliegen. Den Antrag möchte man im aus dem Geschäftsgang nehmen, da es keinen Unterschied macht und man dies in der Juni-Sitzung noch beschließen könnte. In dieser Sitzung würde dann ein Gutachter von Alevo das Gutachten vorstellen und sich den Fragen stellen.

Stadtverordneter Hille legt dar, dass die Kassenlage es gebietet, dass die Gebühren neu kalkuliert werden. Die Stadt Linden festigt seinen Ruf eine Stad zu sein, in der man sehr preisgünstig leben kann. Der Einwand war der, dass die Stadt Linden grundsätzlich ein Gutachten in Auftrag geben hat. Dieses Gutachten ist im Entstehen und in wenigen Wochen fertig. Dann müsste der Vorgang ein zweites Mal in die Hand genommen werden. Die CDU wird dem Antrag dennoch zustimmen.

Die Abstimmung über die rückwirkende Änderung der Wasserversorgungssatzung und der Entwässerungssatzung zum 01.01.2018 ergibt eine einstimmige Annahme des Antrags.

Zu TOP 9 (vorher 11):

Bürgerfreundliche Plakatierung der zukünftigen Kommunal- und überregionalen Wahlen - Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 055/16/21 -

Stadtverordnete Lang liest die Änderung des Antrags vor.

Stadtverordneter Wedemann berichtet, dass der Magistrat beauftragt wird zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt eine ressourcenschonende Wahlwerbung für zukünftige Wahlkämpfe in Linden umzusetzen und gibt eine einstimmige Beschlussempfehlung für diesen Antrag ab.

Stadtverordneter Reinwald erkundigt sich nach der zeitlichen Spanne.

Stadtverordneter Wedemann merkt an, dass Stadtverordnete Lang den Wunsch äußerte, dass der Magistrat bis zur nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung Ergebnisse vorlegen soll.

Die Abstimmung erfolgt über den Änderungsantrag der im Haupt- und Finanzausschuss ausgearbeitet wurde.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Annahme des Antrags.

Kenntnisnahmen:

Zu TOP 10 (vorher 12):

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge

a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

a1) Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Versorgung mit KiTa-Plätzen für die Kindergartenjahre 2017/18 und 2018/19

Stadtverordnete Lang möchte wissen, wie viele Kinder derzeit die Kitas der Stadt Linden besuchen, einschließlich des Waldkindergartens und der „Mäuschen“. Sie bittet um eine Nachreichung der Zahlen von den anderen Kindertagesstätten die im Bereich der Stadt Linden liegen.

Bürgermeister König wird die Zahlen nachreichen. In der nächsten Sitzungsrunde sollten einige Informationen verkündet werden. Es sind mehrere Ideen im Raum, um ggf. noch mehr Kindergartenplätze schaffen zu können.

Stadtverordneter Bausch fragt Bürgermeister König nach seiner unter TOP 4 Berichterstattung durch den Magistrat unbeantwortet gebliebene Frage.

Bürgermeister König erklärt, dass es keinen Punkt Verschiedenes gibt. Stadtverordneter Bausch hätte seine Frage unter den Anfragen nach § 16a der Geschäftsordnung vorbringen können, welches er nicht gemacht hat. In der Berichterstattung durch den Magistrat darf er natürlich auf die Berichte des Magistrats, die vorgelegt werden, eingehen und steht dann gerne für Fragen zur Verfügung. Weicht die Frage von dem Thema ab, dann braucht der Magistrat darauf nicht antworten.

Ende 21:16 Uhr

.....
Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher

.....
Andreas Zenkert, Protokollant